

STADT ZEITUNG

31. Oktober 1997 / 5. Jahrgang / Nr. 45 / KW 45

Amtsblatt der Stadt Neuenburg am Rhein mit den Stadtteilen Größheim, Steinenstadt und Zienken

Inkrafttreten des Bebauungsplanes "Rohrkopf" (Neufassung)

Der Gemeinderat der Stadt Neuenburg am Rhein hat am 17.02.1997 in öffentlicher Sitzung den Bebauungsplan "Rohrkopf" (Neufassung) als Satzung beschlossen.

Der Bebauungsplan wurde dem Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald, 79081 Freiburg i. Br., gemäß § 11 Baugesetzbuch (BauGB) angezeigt. Eine Verletzung von Rechtsvorschriften wurde nicht geltend gemacht.

Der Bebauungsplan "Rohrkopf" (Neufassung) tritt mit dieser Bekanntmachung in Kraft. Der bisherige Bebauungsplan "Rohrkopf" vom 27.06.1986, zuletzt geändert am 09.07.1990 tritt mit Rechtskraft des Bebauungsplanes "Rohrkopf" (Neufassung) insgesamt außer Kraft.

Jedermann kann den Bebauungsplan und seine Begründung während den üblichen Dienststunden bei der Stadtverwaltung Neuenburg am Rhein, Rathausplatz 5, 79395 Neuenburg am Rhein, Zimmer Nr. 213, einsehen und über seinen Inhalt Auskunft verlangen.

Eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 BauGB in der Fassung vom 08.12.1986 (BGBl. I, S. 2253), zuletzt geändert durch Artikel 24 Jahressteuergesetz 1997 vom 20.12.1996 (BGBl. I S. 2049), bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften sowie Mängel der Abwägung sind gemäß § 215 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BauGB unbeachtlich, wenn die Verletzung der obengenannten Verfahrens- und Formvorschriften nicht innerhalb eines Jahres, Mängel in der Abwägung nicht innerhalb von sieben Jahren seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Bei der Geltendmachung ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen.

Nach § 4 Abs. 4 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 03.10.1983 (GBl. S. 578), zuletzt geändert durch Artikel 13 des Dritten Gesetzes zur Rechtsbereinigung des baden-württembergischen Landesrechts vom 18.12.1995 (GBl. 1996 S. 29), gilt der Bebauungsplan - sofern er unter der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung oder aufgrund der Gemeindeordnung ergangenen Bestimmungen zustande gekommen ist - ein Jahr nach dieser Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung des Bebauungsplanes verletzt worden sind,
2. der Bürgermeister dem Beschluß nach § 43 Gemeindeordnung wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat, oder wenn innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluß beanstandet hat

oder die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Außerdem wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen hingewiesen.

Neuenburg am Rhein, 27. Oktober 1997

Joachim Schuster
Bürgermeister